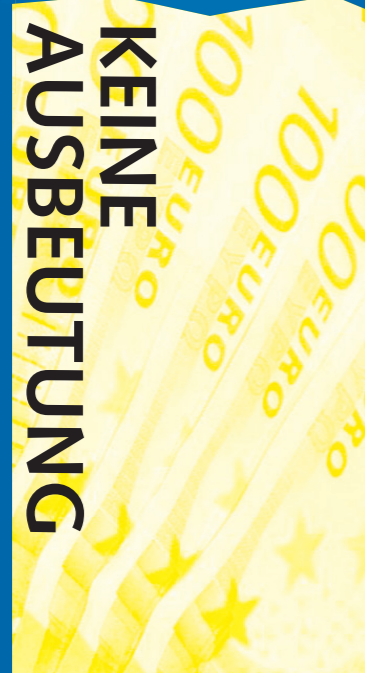


SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE BESCHAFFUNG JETZT!



MIT KEINE AUSBEUTUNG MIT STEUERGELDERN



SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE BESCHAFFUNG JETZT!



MIT KEINE AUSBEUTUNG MIT STEUERGELDERN



Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di

„Wir fordern, dass Bund, Länder und Gemeinden ökologische und soziale Ziele auch über ihre Beschaffungspolitik fördern – mit entsprechenden Vorgaben für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen.“

Bild unten: AktivistInnen des CorA-Netzwerks protestieren vorm Bundestag für Arbeitsrechte und Umweltstandards per Gesetz.



Beschaffung geht auch fair: Die EU-Nachbarn machen es vor!

„Der innere Schweinehund flüstert immer 'Lass dir Zeit!'. Hören Sie ihn wieder mal flüstern, flüstern Sie zurück: 'Lass du dir doch Zeit, ich mache mir jetzt einen Aktionsplan!'“, so der Wortlaut einer Internetseite zu besserem Zeitmanagement. Nicht nur gestresste BürgerInnen sind diesem Rat bei ihrer Zeitplanung gefolgt: Zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten haben ihn beherzigt: sie verabschiedeten Aktionspläne für eine nachhaltige Beschaffungspraxis.

Das Auftragsvolumen der EU-Mitgliedsstaaten umfasst insgesamt etwa 1.500 Mrd. Euro. Die öffentliche Beschaffung hat damit europaweit einen Anteil von etwa 16 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedsstaaten. Diese enorme Summe veranlasste die EU dazu, die öffentliche Beschaffung als wirksames Instrument zur Förderung von Nachhaltigkeit zu begreifen: 2004 erließ die EU-Kommission Richtlinien zum Beschaffungswesen, welche die rechtliche Verankerung von sozialen und ökologischen Vorgaben in der öffentlichen Auftragsvergabe der EU-Mitgliedsstaaten ausdrücklich zulassen. Zudem verpflichtete sie die Regierungen, dies in ihr nationales Recht zu übertragen. Fast vorbildlich ist das Engagement derzeit in den Benelux-Ländern.

Beispiel Belgien

Die belgische Regierungsverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, 50 % aller staatlichen Beschaffungsmaßnahmen bis zum Jahr 2011 an Nachhaltigkeitsanforderungen auszurichten. Zudem veröffentlichte Belgien 2002 eine Anleitung zur nachhaltigen Beschaffung, die 2004 aktualisiert wurde. Derzeit arbeitet die Regierung an einem Aktionsplan. Darin sollen auch Bestimmungen für die internationale Lieferkette enthalten sein, wie z.B. fairer Handel bei Nahrungsmitteln und Getränken sowie Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in den Bereichen Bekleidung und Spielzeug. Zudem

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA)
c/o Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)
Frauenstr. 3-7, 48143 Münster
Redaktion/Texte: Johanna Fincke (V.i.S.d.P.), Thomas Krämer-Broscheit, Mirko Klein, Gertrud Falk (FIAN), www.flowers-for-human-dignity.org
Korrektorat: Friedrich Burschel
Gestaltung/Layout: Marco Fischer, www.grafischer.com
Druck: COS Druck und Verlag, Juni 2009

Die Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Die Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

legte Belgien für etwa ein Drittel ihrer 250 Produktkategorien Umweltkriterien fest.

Beispiel Niederlande

Auch in den Niederlanden gibt es eine breite politische Unterstützung für die Berücksichtigung von sozialen und Umweltkriterien in die öffentlich Beschaffung. Die niederländische Regierung plant, 100 Prozent aller Einkäufe bis zum Jahr 2010 unter Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien zu vergeben. Mit den Provinzen und den Stadtverwaltungen wurde - jedoch nicht bindend - vereinbart, dass sie 50 bzw. 75 Prozent der Güter im angegebenen Zeitraum nachhaltig beschaffen. Die Niederlande haben als einziges europäisches Land auch InteressenvertreterInnen aus der Zivilgesellschaft in großem Umfang an dem politischen Entwicklungsprozess partizipieren lassen.

Schweinehund überwinden

Insgesamt 13 der 27 Mitgliedsstaaten der EU haben den inneren Schweinehund bereits überwunden und Aktionspläne verabschiedet, in acht Mitgliedsstaaten befindet sich der Plan im Entwurfsstadium. Deutschland gehört zu den letzten sechzehn Mitgliedsstaaten, die bislang keine derartigen Schritte unternommen haben. Nach Vorbild anderer europäischer Mitgliedsstaaten muss auch hier ein bundesweiter Aktionsplan mit konkreten Zeit- und Zielvorgaben des Zeitmanagements gegen den Aufschub zu erledigender Aufgaben.



„FAIRgabe“ statt „Geiz ist geil!“

Vorschlag für „Aktionsplan sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe“ vorgelegt

Die Idee ist bestechend, doch ihre Umsetzung noch die große Ausnahme: Die öffentliche Hand soll die 360 Mrd. Euro, die sie jährlich ausgibt, nur noch für sozial und ökologisch verträgliche Güter und Dienstleistungen einsetzen. Mit dieser gezielten Nachfragemacht könnte sie einen gewaltigen Schub für Nachhaltigkeit und Menschenrechte weltweit auslösen. Jetzt liegt ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch, wie dies im Rahmen eines Aktionsplanes erreicht werden kann.

immer noch nach dem Prinzip „Geiz ist geil!“. Soziale und ökologische Fragen spielen beim öffentlichen Einkauf – mit unseren Steuergeldern – bislang selten eine Rolle. Nach öffentlichen Protesten, u.a. vom Netzwerk für Unternehmensverantwortung (Corporate Accountability – CorA) und der Christlichen Initiative Romero (CIR) hat sich die Bundesregierung jedoch im letzten Jahr dazu durchringen können, soziale und ökologische Kriterien in das Vergaberecht aufzunehmen (vgl. Kasten rechts).

DER STAAT IM FOKUS

Damit sind die juristischen Bedenken ausgeräumt, ob öffentlicher Einkauf nur und ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien stattfinden darf. Jetzt ist endgültig klar: der öffentlichen Hand eingekauft –

sowie Umweltschutz können zentrale Entscheidungskriterien sein. Bislang wurden viele Vorstöße für nachhaltige Beschaffung gerade auf lokaler Ebene mit juristischen Argumenten ausgebremst. Doch trotz der Gesetzesänderung ist die nachhaltige Beschaffung kein Selbstläufer: noch fehlen sowohl die geeigneten Instrumente, als auch der politische Wille für einen Wandel in der Beschaffungspolitik.

Nun hat die CIR im Rahmen des Netzwerks für Unternehmensverantwortung CorA mit Nichtregierungsorganisationen wie WEED, Evangelischem Entwicklungsdienst und Germanwatch, den Gewerkschaften ver.di und IG Metall, den Umweltorganisationen Greenpeace und BUND sowie Verbraucher-schutzorganisationen einen Vorschlag für einen „Aktionsplan

Fortsetzung auf Seite 2

Neues Gesetz schafft mehr Rechtssicherheit

Nach jahrelanger Verschleppung wurden im Februar 2009 EU-Vorgaben zu sozialen und ökologischen Kriterien der öffentlichen Auftragsvergabe endlich auch ins deutsche Recht übernommen. Die Regierungsparteien haben sich jedoch nur auf eine „Kann“-Bestimmung geeinigt. Im neuen § 97 Abs. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) heißt es nun:

„Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen [...]“



„FAIRgabe“ statt „Geiz ist geil!“

Fortsetzung von Seite 1

sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe“ vorgelegt. Mit dem vorgeschlagenen Aktionsplan kann die Bundesregierung den zentralen Problemen bei der sozial-ökologischen Beschaffung begegnen und dem Ansatz zum Durchbruch verhelfen:

1. KLARE KRITERIEN ENTWICKELN!

Was ist nachhaltiger oder sozial-ökologischer Einkauf? Die Bundesregierung muss präzise und nachprüfbar Kriterien erarbeiten. Im Umweltbereich gibt es dafür schon umfangreiche Vorarbeiten von Umweltverbänden, Umweltbundesamt, EU und Nachbarländern für die verschiedenen Produktgruppen. Hier werden die Material- und Energieeffizienz der Güter und Dienstleistungen, die Umweltintensität der Produktionsprozesse, die Lebenszykluskosten, die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit, die Schadstoffarmut sowie die Wiederverwertbarkeit der eingesetzten Materialien berücksichtigt.

Auch im sozialen Bereich gibt es langjährige Erfahrungen aus der

Debatte um soziale Verantwortung der Unternehmen, auf denen aufgebaut werden kann. Folgende Kernkriterien müssen künftig weltweit eingehalten werden:

- Menschenrechte, definiert von den Vereinten Nationen
- Arbeitsrechte, entsprechend der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- Tariftreue und Zahlung von Mindestlöhnen in Deutschland

Zudem sollten weitere Kriterien zur Gleichstellung, Aus- und Weiterbildung, Familienfreundlichkeit u.a. bei der Auftragsvergabe einbezogen werden.

Wo immer möglich, sollten Produkte des Fairen Handels bezogen werden.

2. SERVICESTELLE AUFBAUEN!

Die EinkäuferInnen in Gemeinden und Ministerien brauchen Unterstützung – insbesondere bei der Kontrolle, ob die geforderten Kriterien auch eingehalten werden. Eine zentrale Servicestelle für sozial-ökologische Beschaffung muss deshalb entsprechende Hilfen bereit stellen. Unternehmen, die keine akzeptierten Siegel für ihre Produkte vorlegen können, sol-

len die Einhaltung der Kriterien in einer zentralen Datenbank transparent dokumentieren. Dadurch können sie sich für öffentliche Aufträge „präqualifizieren“. Den BeschafferInnen vor Ort reicht künftig der Blick in die Datenbank, um sich zu vergewissern, ob ein Bieter geeignet ist.

3. VORBILD SEIN!

Mit seiner eigenen Auftragsvergabe muss der Bund eine Vorbildfunktion für die gesamte öffentliche Beschaffung übernehmen. Und er muss sich konkrete Ziele setzen. Wir erwarten, dass der Bund sich verpflichtet, bis zum Jahr 2014 bei 50% und bis zum Jahr 2018 bei 100% seiner Aufträge die Einhaltung sozial-ökologischer Kriterien vorzuschreiben.

„Viele ArbeiterInnen in der Spielzeug- oder Computerindustrie sind ohne Vertrag beschäftigt und somit schutzlos der Willkür ihrer Vorgesetzten ausgeliefert. Druck von außen ist sehr wichtig. In die Beschaffungspolitik müssen Arbeitsstandards integriert werden. Das wirkt auf die Konzerne ein und beeinflusst deren Verhalten.“

Monina Wong, Geschäftsführerin von Labour Action China (LAC) aus Hongkong.



Baustellen der Weltwirtschaft

Beispiele wie der Bund mit Millionenaufträgen die Missachtung von Arbeitsrechten unterstützt

Massive Überstunden, Arbeitsdruck, Hungerlöhne und mangelnde Gewerkschaftsfreiheit sind Alltag in der Bekleidungsindustrie El Salvadors.

MADE IN HELL

GIFTIGE PROFITE

Neben der Abholzung von Urwäldern investieren die Länder des Südens für die Papierproduktion vermehrt in den Plantagenanbau. Vorreiter unter ihnen ist Brasilien. Folgen des Plantagenbaus sind Landrechtskonflikte, Räumung und Zwangsumsiedlung indigener Gemeinden, Auslaugung von Böden, Zerstörung des Ökosystems und gesundheitliche Schäden der ArbeiterInnen durch den Einsatz von Chemikalien.

El Salvador

Uniformen ohne Arbeitsnormen

In den meisten Ländern, in denen Polizeiuniformen produziert werden, kommt es zu massiven Arbeitsrechtsverletzungen. Trotzdem mussten sich die Lieferanten der neuen blauen Uniformen für die Bundespolizei nicht verpflichten, die Einhaltung der Kernarbeitsnormen zu fördern. Für 17,3 Millionen Euro hat das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern im vergangenen Jahr Kleidung geordert. Genug Einkaufsmacht um auf die Einhaltung von Arbeitsrechten pochen zu können.

NICHT ROSIG SONDERN DORNIG

Hungerlöhne, fehlende Arbeitsplatzsicherheit vor allem für Arbeiterinnen, fehlende Gewerkschaftsfreiheit sowie unzureichender Schutz vor Pestiziden kennzeichnen den Arbeitsalltag der meisten BlumenarbeiterInnen. Dazu kommt die Verschmutzung von Gewässern und Böden durch Abwässer.

Brasilien

Amazonas-Papier im Rathausdrucker

Papier für knapp 8 Millionen Euro hat Brasilien 2007 nach Deutschland exportiert. Das macht 13.000 Tonnen brasilianisches Papier in nur einem Jahr. Das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern hat allein 2005 insgesamt 1,9 Millionen Euro für den Erwerb von Druck- und Schreibpapier ausgegeben. Noch immer gibt es keine verbindliche Regelung zum Einkauf von recyceltem Papier in Ministerien und Ämtern.

Kenia

Hungerlöhne für einen blumigen Staatsempfang

Kenia ist der größte Blumenproduzent Afrikas und der wichtigste Zulieferer für die EU. Rund 10 Prozent der in die EU importierten Schnittblumen kommen aus Kenia. Blumen sind ein wichtiges Gut auf staatlichem Parkett und von Empfängen und Tagungen nicht wegzudenken. Nur selten wird beim Einkauf auf die faire Beschaffung geachtet, obwohl es zahlreiche Initiativen für fair und ökologisch produzierte Blumen gibt.

HOHE STANDARDS NUR FÜR DEN COMPUTER

Ein unzureichender Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Computerfabriken, exorbitante Überstunden zu den Auftragsstoßzeiten und niedrige Löhne sind keine Seltenheit in China. Zudem fehlt es an einer unabhängigen gewerkschaftlichen Organisation.

China

High Tech aus der arbeitsrechtlichen Steinzeit

Sicher laufen soll er und auch ein guter Virenschutz ist unabdingbar. Ein Puffer gegen Beschädigung beim Sturz muss auch drin sein. Der IBM/Lenovo, ein beliebtes Modell in öffentlichen Einrichtungen, verfügt über mehr eingebauten Schutz vor Schäden, als die ArbeiterInnen, die seine technischen Besonderheiten herstellen.

Insgesamt 18 Milliarden Euro jährlich investieren Bund, Länder und Kommunen laut BITKOM (Bundesverband Informationstechnologie) in die Beschaffung von Informationstechnologie. Das Bundesinnenministerium kaufte im vergangenen Jahr für 20 Millionen Euro Arbeitsplatzcomputer.

Sehr geehrte/r

seit Februar 2009 erlaubt ein neues Vergabegesetz der Öffentlichen Hand, ökologische und soziale Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Damit dieses neue Prinzip in der Vergabepraxis tatsächlich Anwendung findet, fordere ich Sie auf, sich für einen bundesweiten Aktionsplan für eine sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe einzusetzen. Der Aktionsplan soll beinhalten:

- Die Schaffung einer zentralen Servicestelle.
- Die Erarbeitung von Umweltkriterien und überprüfbarer sozialer Maßgaben, basierend auf ILO-Konventionen, Tariftreue- und Mindestlohnregelungen sowie Fair-Trade-Prinzipien.
- Zielvorgaben für den Bund: 50 % der Aufträge bis zum Jahr 2014 und 100 % bis 2018 müssen nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben werden.

Bitte halten Sie mich über Ihr Engagement auf dem Laufenden.

Unterschrift

Name

Adresse

Weitere Informationen zum Aktionsplan finden Sie unter www.cora-netz.de bzw. www.ci-romero.de

CorA
Accountability
www.cora-netz.de

DER REGIERUNG BEINE MACHEN!

UNTERSTÜTZEN SIE DIE POSTKARTENAKTION FÜR EINEN AKTIONSPLAN JETZT! BITTE SCHREIBEN SIE DEN DIREKT-KANDIDATINNEN DER SPD UND CDU/CSU



SO GEHT'S

Schicken Sie vor der Bundestagswahl 2009 jeweils eine Protestpostkarte an die DirektkandidatInnen der SPD und CDU/CSU in ihrem Wahlkreis. Nach der Bundestagswahl schicken Sie die Karten an Ihre jeweiligen lokalen Bundestagsabgeordneten! Die Liste Ihrer KandidatInnen und Abgeordneten können Sie unter www.ci-romero.de/abgeordnete oder telefonisch unter 0251/89503 erfragen.

WEITERE AKTIVITÄTEN

Ab Mitte Juni liegt der CorA-Vorschlag für einen Aktionsplan in gedruckter Ausgabe vor und kann bei der CIR bestellt werden. Für September ist eine Tagung und eine Rundreise zum Thema „Öffentliche Beschaffung und Aktionsplan“ in Vorbereitung. In deren Rahmen sollen auch prominente VertreterInnen aus Politik und Gesellschaft zu Wort kommen. Weitere Informationen finden Sie unter www.cora-netz.de, www.ci-romero.de und www.saubere-kleidung.de.



„Die Arbeitsbedingungen haben sich in meinem Betrieb grundlegend verbessert. Aber ich weiß von Kolleginnen auf anderen Farmen, dass den Geschäftsführern die Probleme der Arbeiter egal sind. Eines der größten Probleme sind die niedrigen Löhne. Die Mieten sind hier so hoch, dass sich viele Arbeiterfamilien nur einen Raum ohne Wasseranschluss leisten können.“

Irene Nyambura fand 1996 Arbeit auf einer Blumenplantage in Kenia, die sich seit 1999 vom Flower Label Program (FLP) nach strengen Sozial- und Umweltstandards zertifizieren ließ. Seit 2004 ist sie Vorsitzende des Betriebsrats.



Bestellschein

Titel	Preis	Anz.
Faltblatt mit Postkarte: Keine Ausbeutung mit Steuergeldern – Ein Aktionsplan für sozial-ökologische Beschaffung, jetzt! (vorlegend)	-*	<input type="checkbox"/>
Aktionsplan für sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe – Juni 2009, 36 S.	3,- €	<input type="checkbox"/>
Infobroschüre für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst – März 2009, 42 S.	3,- €	<input type="checkbox"/>
Werkmappe „Nadelstiche in die Öffentliche Hand“ – Materialien – Hintergründe – Aktionsvorschläge, Juni 2007, 72 S.	7,- €	<input type="checkbox"/>
Info-Paket CIR	-*	<input type="checkbox"/>
DVD: Kleider machen Leute jeweils 10-minütige Filmbiträge	6,- €	<input type="checkbox"/>
Faltblatt: Das CorA-Netzwerk	-*	<input type="checkbox"/>

* Alle Preise zzgl. Versandkostenpauschale

Bestellungen/Anfragen wegen weiterer Materialien an:

Christliche Initiative
Romero e.V.
Frauenstr. 3-7
D- 48143 Münster

Tel: 02 51 / 89 503
Fax: 02 51 / 82 541

Name

E-Mail

Adresse

Sehr geehrte/r

seit Februar 2009 erlaubt ein neues Vergabegesetz der Öffentlichen Hand, ökologische und soziale Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Damit dieses neue Prinzip in der Vergabepraxis tatsächlich Anwendung findet, fordere ich Sie auf, sich für einen bundesweiten Aktionsplan für eine sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe einzusetzen. Der Aktionsplan soll beinhalten:

- Die Schaffung einer zentralen Servicestelle.
- Die Erarbeitung von Umweltkriterien und überprüfbarer sozialer Maßgaben, basierend auf ILO-Konventionen, Tariftreue- und Mindestlohnregelungen sowie Fair-Trade-Prinzipien.
- Zielvorgaben für den Bund: 50 % der Aufträge bis zum Jahr 2014 und 100 % bis 2018 müssen nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben werden.

Bitte halten Sie mich über Ihr Engagement auf dem Laufenden.

Unterschrift

Name

Adresse

Weitere Informationen zum Aktionsplan finden Sie unter www.cora-netz.de bzw. www.ci-romero.de

CorA
Accountability
www.cora-netz.de



Anne Nibbenhagen, Vorsitzende der Christlichen Initiative Romero (CIR)

„Mit den vielen Milliarden Euro, die Bund, Länder und Kommunen jährlich für den öffentlichen Einkauf ausgeben, könnten sie einen enormen Beitrag zur Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit weltweit leisten und sich aktiv für eine lebenswerte Umwelt einsetzen. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen: Die Regierung muss einen Aktionsplan für soziale und ökologische Beschaffung verabschieden.“